

Stadt Haan
Niederschrift über die
9. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Haan
am Dienstag, dem 07.12.2010 um 17:00 Uhr
im Sitzungssaal der Stadt Haan

Beginn:
17:00

Ende:
20:33

Vorsitz

Bürgermeister Knut vom Bover

CDU-Fraktion

Stv. Harald Giebels
Stv. Udo Greeff
Stv. Dr. Dieter Gräßler
Stv. Gerd Holberg
Stv. Klaus Mentrop
Stv. Monika Morwind
Stv. Rainer Wetterau

Vertretung für Stv. Marlies Goetze

Vertretung für Stv. Jens Lemke

SPD-Fraktion

Stv. Walter Drennhaus
Stv. Uwe Elker
Stv. Wilfried Pohler
Stv. Bernd Stracke
Stv. Ute Wollmann

Vertretung für Stv. Heinrich Wolfesperger

FDP-Fraktion

Stv. Friedhelm Kohl
Stv. Dirk Raabe
Stv. Michael Ruppert
Stv. Arnd Vossieg

bis TOP 4
ab TOP 2 bis TOP 4
ab TOP 5

GAL-Fraktion

Stv. Andreas Rehm
Stv. Jochen Sack

Vertretung für Stv. Petra Lerch

UWG-Fraktion

Stv. Gerhard Herder

Vertretung für Stv. Karl-Hermann Käpernick

Schriftführer

Herr Fabian Winkler

Verwaltung

Herr Bernd Duske
1. Beigeordnete/r Dagmar Formella

Herr Bernd Küper
Herr Günter Opfer
Herr Jürgen Rautenberg
Herr Michael Rennert
Herr Wilhelm Terhardt
Herr Klaus-Jürgen Vogt
Herr Wolfgang Voos

Der Vorsitzende Knut vom Bover eröffnet um 17:00 Uhr die 9. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Haan. Er begrüßt alle Anwesenden - insbesondere die Einwohner - und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung öffentliche Sitzung

Bgm. vom Bover weist auf die neue Tagesordnung hin, die u.a. deshalb erstellt wurde, um nach einigen gestrichenen Punkten, einem Nachtrag und einem kurzfristig hinzu gekommenen TOP die Verwirrung in Grenzen zu halten. Die Beratung zur Musikschule sei sowohl im öffentlichen als auch im nicht-öffentlichen Teil vorgesehen.

Stv. Drennhaus beantragt, den TOP Musikschule von der Tagesordnung abzusetzen, da die SPD-Fraktion hierzu die Beratungsunterlagen viel zu spät erhalten habe. Eine Beschlussfassung im Rat reiche zur Wahrung der Frist vollkommen aus.

Dieser Antrag wird mit 8 Ja- und 10 Nein-Stimmen abgelehnt.

Öffentliche Sitzung

1./ Vortrag von Herrn Eberhard Kanski zum Konzept des Bundes der Steuerzahler zur Haushaltssanierung von Gemeinden

Protokoll:

Bgm. vom Bover begrüßt Herrn Eberhard Kanski vom Bund der Steuerzahler und bittet ihn um seinen Vortrag.

Herr Kanski wirbt in seinem Vortrag für die Einrichtung einer Sparkommission, die als Hauptaufgabe die Überprüfung der Aufgabenstruktur im städtischen Haushalt angehen solle. Gerne stelle der Bund der Steuerzahler seine Erfahrung kostenlos hierfür zur Verfügung. Die Sparkommission solle idealer Weise aus je einem Mitglied pro Ratsfraktion, dem Bürgermeister, der Kämmerin und ihm selbst bestehen. Je nach durchleuchtetem Thema könne jeweils ein Mitarbeiter der Verwaltung mit Expertenwissen hinzugezogen werden. Eine Auswahl an möglichen Anknüpfungspunkten sei der Ausbau der interkommunalen Kooperation, insbesondere der Querschnittsaufgaben, die strikte Anwendung einer 12-monatigen Wiederbesetzungssperre oder die Einrichtung eines Hausmeisterpools.

Bgm. vom Bover fragt, ob eine Hilfe schon für die Haushaltsberatungen des kommenden Frühjahrs denkbar sei.

Dies wird von Herrn Kanski positiv beschieden.

Während **Stv. Kohl** fragt, ob die Sparkommission auch über die Beratung zum Haushaltsplan 2011 hinaus bestehen bleiben könne, möchte **Stv. Herder** wissen, inwieweit die Sparkommission in anderen Städten Befugnisse zum Erhalt aller Unterlagen

durch die Verwaltung hatte und ob die erarbeiteten Vorschläge durch die Verwaltung oder die Politik wieder zerredet worden seien.

Herr Kanski erläutert, die Beratungsleistung des Bundes der Steuerzahler innerhalb einer Sparkommission sei nicht auf eine bestimmte Zeit beschränkt und ende, wenn Rat und Verwaltung dies wünschten. Die Befugnisse zur Erlangung von Unterlagen durch die Verwaltung richteten sich nach der GO NRW. In den Städten Bergneustadt und Holzwickede seien die Vorschläge mit wenigen Ausnahmen so vom Rat beschlossen und von der Verwaltung umgesetzt worden.

Stv. Sack bittet um Auskunft, welche Rollen genau der Bund der Steuerzahler und die Verwaltung in einem solchem Gremium einnehmen würden und wie anschließend der Transfer in Rat und Ausschüsse gelinge. Er vertritt die Auffassung, der Bürgerhaushalt sei der erfolgreichere Weg, um die städtischen Finanzen in den Griff zu bekommen. Er reklamiert Beratungsbedarf für die GAL-Fraktion und bittet eine Entscheidung zur Beauftragung bis zur Sitzung des Rates zu schieben.

Herr Kanski führt aus, sich als externer Berater, nicht jedoch als Moderator der Sparkommission zu sehen. Die Verwaltung habe in den Fachämtern viel Expertenwissen, das es zu nutzen gelte. Es gab in den anderen Städten unterschiedliche Arten des Transfers in Rat und Verwaltung: Einmal sorgte die Verwaltung jeweils für eine Protokollerstellung, aus dem sich dann ein Gesamtsparpaket ergab, in einem anderen Fall wurde dem Bürgermeister das gemeinsam erarbeitete Sparbuch übergeben. Darüber hinaus sei auch er ein großer Anhänger der bürgerschaftlichen Beteiligung zur Sanierung öffentlicher Haushalte. Auch hier liege viel ungenutztes Wissen brach.

Stv. Pohler signalisiert Zustimmung zum Projekt und möchte lieber heute schon ein positives Signal an den Bund der Steuerzahler aussenden.

Stv. Giebels möchte das Angebot für die CDU-Fraktion ebenfalls gerne annehmen. Er betont, dass Verwaltung und Politik auch früher schon Versuche unternommen hätten, Sparpotential ausfindig zu machen, diese Ansätze seien aber aus verschiedensten Gründen wieder verworfen worden und lohnten einer erneuten Überprüfung. Weiterhin äußert er den Wunsch, die eingegangenen Sparvorschläge der Bürger mit einzubeziehen.

Auch **Stv. Ruppert** zeigt sich davon überzeugt, dass mittels einer Sparkommission unter Beratung des Bundes der Steuerzahler zumindest kurzfristige Erfolge für den Haushalt 2011 erreicht werden könnten.

Bgm. vom Bover fragt, ob nur einstimmige Kommissionsentscheidungen Einzug in ein Sparbuch gefunden hätten.

Herr Kanski erläutert, die erarbeiteten Sparkataloge seien den Fraktionen mit der Bitte um Zustimmung ausgehändigt worden. Dabei hätten nur die Maßnahmen Aufnahme ins Sparbuch gefunden, denen alle Fraktionen zustimmen konnten. Die anderen Maßnahmen seien dann erneut in einer weiteren Sparrunde diskutiert worden.

Bgm. vom Bover möchte wissen, wie viele Vorschläge ungefähr diskutiert worden seien.

Herr Kanski beziffert das gefundene Einsparpotential auf ca. 3 Mio. € und benennt 26 untersuchte Leistungsbereiche der Verwaltung.

Bgm. vom Bovert erinnert an die beiden bereits bestehenden Arbeitskreise, deren Zusammenlegung aufgrund inhaltlicher Überschneidungen durch die Politik stets abgelehnt worden sei. Er sehe sich außer Stande, eine Sparkommission zusätzlich mit Personalressourcen auszustatten und schlägt daher vor, die allgemeinen Themen aus den Arbeitskreisen herauszunehmen und diese nur noch mit Spezialaufgaben zu betrauen. Nur in einem solchen Falle sichere er die Unterstützung der Verwaltung zu.

Stv. Wetterau meint, der AK Personal könne seine Arbeit für die Zeit des aktiven Bestandes der Sparkommission einstellen, damit keine doppelte Beratung gleicher Themen erfolge.

Abschließend bittet Stv. Rehm die Verwaltung, um die Erstellung einer Beschlussvorlage zur Sitzung des Rates.

Abstimmungsergebnis:

weitgehendes Einvernehmen

Beschluss:

Es besteht weitgehend Einigkeit, unter der Beratung von Herrn Kanski vom Bund der Steuerzahler eine Sparkommission einzurichten. Die Verwaltung wird beauftragt, zur Sitzung des Rates eine entsprechende Beschlussvorlage vorzubereiten.

2./ Feststellung der Eröffnungsbilanz der Stadt Haan zum 01.01.2009

Vorlage 14/007/2010
Vorlage: 20/014/2010

Protokoll:

Stv. Wetterau berichtet, dem Rechnungsprüfungsausschuss sei die Eröffnungsbilanz vorgelegt worden und dort seien keinerlei Bedenken geäußert worden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Beschluss:

"Die Eröffnungsbilanz der Stadt Haan zum 01.01.2009 wird gemäß § 92 Abs.1 i.V.m. § 96 Abs. 1 GO NRW festgestellt.

Die Ratsmitglieder entlasten gemäß § 92 Abs.1 i.V.m. § 96 Abs. 1 GO NRW den Bürgermeister bezüglich der Eröffnungsbilanz der Stadt Haan zum 01.01.2009."

**3./ Änderung der Ladenschlusszeiten in Haan im Jahr 2011
Vorlage: 23/032/2010**

Protokoll:

Bgm. vom Bovert verweist auf die Terminänderungen gemäß der WLA-Beratungen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Beschluss:

"Die Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen im Jahr 2011 wird in der geänderten Fassung der Anlage 1 beschlossen."

**4./ Tarifordnung des Hallenbades
Vorlage: 40/019/2010**

Protokoll:

Stv. Dr. Gräßler erklärt, Zielsetzung der neuen Tarifordnung sei vor allem gewesen, die Vielzahl der Einzeltarife auszudünnen. Dies sei mittels einer Strukturveränderung und dem Wegfall der Sondertarife gelungen. Eine Auswertung der Einnahmesituation und sich hieraus ergebende Maßnahmen werde in einer weiteren Vorlage in 2011 folgen.

Bgo. Formella ergänzt, dass im Schul- und Sportausschuss Einigkeit dazu bestand, die Gebühren nicht noch einmal zu erhöhen, da schon im Jahre 2009 Anpassungen vorgenommen worden waren.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Beschluss:

"Die Tarifordnung des Hallenbades "Alter Kirchplatz" wird mit Wirkung vom 01.01.2011 entsprechend der Anlage 1 zu dieser Sitzungsvorlage neu gefasst."

5./ Sanierung Sportanlage Gruitener

Protokoll:

Bgm. vom Bover eröffnet mit der Feststellung, dass es keinen Ratsbeschluss gebe, der eine Verlagerung des Gruitener Sportplatzes zur Windfoche bestimme. Die Verwaltung sei seinerzeit dazu beauftragt worden, die planungsrechtlichen Voraussetzungen hierfür zu erarbeiten.

Stv. Pohler erinnert an die verschiedenen Planungen für die Windfoche. Erst nach der Klärung weiterer Fragen mit dem Investor lohne sich ein tieferer Einstieg in die Materie.

Stv. Dr. Gräßler meint, es gehe darum, möglichen Investoren ausreichende Planungssicherheit anzubieten. So sei ein von der Verwaltung eingeholtes Bodengutachten dem Förderverein unbekannt. Er bitte daher die Verwaltung, alle entscheidungsrelevanten Informationen zur Verfügung zu stellen.

Bgm. vom Bover stellt dar, die Verwaltung sei gerne unterstützend tätig, wenn sich ein deutlicher Handlungsplan für die Windfoche abzeichne. Dies sei bis zuletzt nicht der Fall gewesen. Jetzt seien aktuelle Realisierungspotentiale zu erkennen und die Verwaltung werde das eingeholte Bodengutachten zur Verfügung stellen.

Bgo. Formella spricht sich dafür aus, dass die Verwaltung den Förderverein in Person von Herrn Schauf über den Diskussionsverlauf im heutigen HFA direkt unterrichtet.

Stv. Ruppert konstatiert, die Verlagerung des Gruitener Sportplatzes zur Windfoche sei schon seit längerer Zeit ohne positiven Rückhalt in Gruitener. Die FDP-Fraktion werde daher nur ein Projekt unterstützen, wenn es auf dem Gelände des bisherigen Sportplatzes stattfinde. Dabei müsse die Finanzierung aus Privat-/ Investitionsvermögen stammen, allenfalls eine geringfügige Restfinanzierung durch die Stadt sehe er als machbar an.

Bgm. vom Bover gibt zu bedenken, die Stadt habe den Ankauf des Grundstückes an der Windfoche mit der Zweckbestimmung Sportplatz durchgeführt. Wenn eine andere als die Sportplatz-Nutzung ausgeübt werde, hätte die Stadt ca. 350.000 € für das Grundstück zu viel gezahlt.

Anmerkung des Amtes für Finanzmanagement: Aufgrund der katastermäßigen Ausweisung als Ackerland erfolgte die Bewertung in der Eröffnungsbilanz gemäß der gesetzlichen Vorgaben mit dem Bodenrichtwert für Ackerland und nicht mit den An-

schaffungskosten. Aufgrund dieser Bewertung drohen unabhängig von der Grundstücksnutzung keine Belastungen der zukünftigen Jahresergebnisse.

Stv. Rehm erklärt, die GAL-Fraktion sei schon immer gegen die Verlagerung des Sportplatzes an die Windfoche gewesen. Daher begrüße man die Privatinitiative, die eine Sanierung des Sportplatzes an Ort und Stelle vorsehe.

Stv. Giebels ist der Ansicht, die Sanierung des Sportplatzes stehe nicht im Widerspruch zu einer Verlagerung an die Windfoche. In 15 Jahren bleibe der Standort Windfoche eine Option, weil dann sowohl das Spielfeld an der Hochdahler Straße als auch der zur Sanierung anstehende Gruitener Sportplatz aus ihrer vorgesehenen Nutzungszeit herausgefallen seien. Heute müsse es darum gehen, die Privatinitiative handlungsfähig zu machen. Dabei müssten alle potentiellen Nutzer mit ihren unterschiedlichen Interessen und Wünsche berücksichtigt werden.

6./ Resolution zur Neuordnung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallrechts Vorlage: 60/013/2010

Protokoll:

Stv. Ruppert erklärt, die FDP-Fraktion werde dieser durchaus zweischneidigen Resolution nicht ohne inhaltliche Diskussion zustimmen. Auch im Kreistag habe es hierzu sehr unterschiedliche Meinungen gegeben.

Abstimmungsergebnis:

16 Ja-Stimmen bei 3 Enthaltungen

Beschluss:

"Der Rat der Stadt Haan beschließt in Übereinstimmung mit den Positionen des Deutschen Städtetages, des Deutschen Landkreistages, des Deutschen Städte- und Gemeindebundes und des Städte- und Gemeindebundes Nordrhein-Westfalen die beigefügte Resolution zur Zukunft der kommunalen Abfallwirtschaft in Deutschland.

Der Rat der Stadt Haan fordert alle örtlichen Bundestagsabgeordneten auf, sich im Gesetzgebungsverfahren im Interesse der Bürgerinnen und Bürger für eine Stärkung der kommunalen Abfallentsorgung einzusetzen."

7./ Satzung der Stadt Haan über die 14. Änderung der Satzung über die Entsorgung von Abwassergruben und privaten Kleinkläranlagen (Grundstücksentwässerungsanlagen) und Festsetzung der Gebühren für das Jahr 2011

Vorlage: 60/014/2010

Protokoll:

Stv. Pohler lobt die wie immer inhaltlich guten Vorlagen zu den TOP 7-10.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Beschluss:

1. Die mit dieser Sitzungsvorlage vorgelegte Gebührenbedarfsberechnung „**Gebühren für die Entsorgung von Abwassergruben und privaten Kleinkläranlagen 2011**“ wird beschlossen.
2. Die „**Satzung der Stadt Haan über die 14. Änderung der Satzung über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen**“ in der vorgelegten Fassung wird beschlossen.

8./ Satzung der Stadt Haan über die 14. Änderung der Satzung über die Erhebung von Benutzungsgebühren für die Inanspruchnahme der Abwasseranlage (Abwassergebührensatzung) und Festsetzung der Benutzungsgebühren für das Jahr 2011

Vorlage: 60/016/2010

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Beschluss:

1. Die mit dieser Sitzungsvorlage vorgelegte Gebührenbedarfsberechnung "Kanalbenutzungsgebühren 2011" wird beschlossen.
2. Die Satzung über die 14. Änderung der Satzung über die Erhebung von Benutzungsgebühren für die Inanspruchnahme der Abwasseranlage – Abwassergebührensatzung - wird entsprechend dem vorliegenden Entwurf beschlossen.

9./ Satzung der Stadt Haan über die 37. Änderung der Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren
Vorlage: 60/015/2010

Protokoll:

Stv. Pohler spricht den Mitarbeitern des Betriebshofes im Namen der SPD-Fraktion seinen Dank und seine Anerkennung für den unermüdlichen Winterdienst angesichts der Schneefälle der letzten Tage aus. Er bitte aber einen stärkeren Fokus auf die Reinhaltung der Busbuchten der Haupthaltestellen zu richten.

Stv. Holberg ist aufgefallen, dass die Linie 784 bei winterlichen Straßenverhältnissen einige Haltestellen gar nicht anfähre und die Kunden dort vergeblich warteten. Er fragt, ob die Innenstädte von den Winterdiensten prioritär behandelt würden.

Stv. Dr. Gräßler möchte wissen, ob die Verwaltung eine Strategie für die angekündigten Schneefälle der kommenden Tage bereithalte.

Stv. Giebels bittet darum, Schulen und Kindergärten mit Hauptpriorität zu räumen.

Bgm. vom Bover führt aus, die gültige Straßenreinigungssatzung regelt alle diese Fälle auf der Grundlage des bestehenden Straßenkatasters. Insgesamt habe sich der Betriebshof im Rahmen seines Winterdienstes um 88 km Straße und 25 km Gehwege zu kümmern. Er bitte um Verständnis, dass trotz unermüdlichen Einsatzes aller verfügbaren Kräfte nicht jede Nebenstraße und jeder Gehweg zeitnah geräumt bzw. gestreut werden könne. Oftmals hingen Winterdienstfahrzeuge hinter querstehenden LKW fest und bedienten in dieser Zeit sinnvoller Weise Nebenstraßen per Hand, die in geringerer Priorität stünden, während andere Nebenstraßen nicht in diesen Genuss kämen. In Notfällen (Krankenhäuser, Feuerwehr) werde immer versucht, alles möglich zu machen. Weiterhin bediene man sich in Stoßzeiten wie diesen auch Fremdfirmen zur Mithilfe. Er versichert, das Gebäudemanagement habe die Schneelastsituation auf den Dächern der öffentlichen Gebäude im Blick und werde - je nach Situation - entweder die Dächer räumen lassen oder die Schließung der Gebäude verfügen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Beschluss:

1. Die mit dieser Sitzungsvorlage vorgelegten Gebührenbedarfsberechnungen "Straßenreinigung und Winterdienst 2011" werden beschlossen.
2. Es wird eine Satzung über die 37. Änderung der Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren entsprechend dem vorgelegten Entwurf (Anlage III) verabschiedet.

10./ Satzung der Stadt Haan über die Festsetzung der Abfallentsorgungsgebühren für das Jahr 2011
Vorlage: 60/017/2010

Protokoll:

Stv. Drennhaus möchte wissen, ob die Satzung angesichts der anstehenden Neuausschreibung der Abfuhrleistungen für das komplette Jahr 2011 Gültigkeit besitze oder ob mit Änderungen zu rechnen sei.

StVR Duske meint, der Gesamtkostenrahmen werde trotz der anstehenden Neuausschreibung der Abfuhrleistungen nicht überschritten. Somit besitze die Satzung für das komplette Jahr 2011 Gültigkeit.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Beschluss:

1. Die mit dieser Sitzungsvorlage vorgelegte Gebührenbedarfsberechnung "Abfallentsorgungsgebühren 2011" wird beschlossen.
2. Die Satzung über die Festsetzung der Abfallentsorgungsgebühren für das Jahr 2011 in der vorgelegten Fassung wird beschlossen.

11./ Zustimmung zur Leistung einer investiven außerplanmäßigen Ausgabe von 400.000 € im Produkt 110.110 / Teilfinanzplan (Abfallwirtschaft) zum Ankauf von Müllgefäßen
Vorlage: 60/018/2010

Protokoll:

Stv. Drennhaus erkundigt sich, in welchem Zeitraum die Verwaltung die Refinanzierung im Gebührenhaushalt vorgesehen habe.

StVR Duske beziffert diesen Zeitraum auf 8-10 Jahre.

Stv. Dr. Gräßler möchte wissen, ob der Aufwand, der durch den Tonnentausch entstehe, durch die etatisierten 10.000 € ausreichend abgedeckt sei.

StVR Duske bestätigt dies und fügt hinzu, auch die in den Tonnen installierten Chips zur Identifikation der Tonnen seien im Preis enthalten.

Stv. Holberg fragt nach weiteren Gründen, warum die Verwaltung sich für einen Kauf mit Chips entschieden habe.

StVR Duske erläutert, die Verwaltung habe alle Gefäße zum Preis von 18 € neu anschaffen wollen. In diesem Preis sei auch der Aufwand für den Chip (1 €) enthalten. Der Chip ermögliche die Zuordnung eines Gefäßes zu seinem Standplatz (z.B. bei Verlust durch Beschädigungen beim Entleerungsvorgang oder bei Diebstahl) und der Verwaltungsaufwand für die Erstellung und Verteilung der Gebührenmarke werde obsolet. Eine Nachrüstung der vorhandenen Gefäße mit dem Chip sei teurer.

Stv. Herder möchte schließlich wissen, wie hoch der Gebührenanteil für die Lesegeräte an den Müllwagen seien.

StVR Duske verweist auf den Ausschreibungstext, der das Vorhandensein von Lesegeräten an den Müllwagen voraussetze, wenn die neuen Gefäße mit Chip erworben werden. Die jährlichen Zusatzkosten dürften bei 10.000 – 15.000 € liegen.

Stv. Ruppert äußert sein Verwundern über die Außerplanmäßigkeit der Einbringung. Mit etwas mehr Weitblick hätte diese Ausgabe schon Eintrag in den Haushalt finden können. Darüber hinaus meldet er für die FDP-Fraktion Beratungsbedarf an und bittet um eine Beschlussfassung erst im Rat der kommenden Woche.

Bgo. Formella erklärt, die Außerplanmäßigkeit der Einbringung sei der Terminplanung bei der Neuausschreibung geschuldet. Die Finanzaufsicht des Kreises Mettmann habe aber Grünes Licht gegeben.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

Beschluss:

Aufgrund des noch bestehenden Beratungsbedarfes wird ein Beschluss erst in der Sitzung des Rates gefasst.

12./ Musikschule Haan e.V.
- hier: Leistungsvertrag
Vorlage: 10/065/2010

Protokoll:

Bgo. Formella erläutert, die vom Rat im Rahmen des Haushaltssicherungskonzeptes beschlossene 2 %ige Kürzung für den Musikschuletat werde für das Jahr 2011 berücksichtigt. Der Workshop-Moderator habe zugesagt, das fehlende Protokoll zeitnah vorzulegen. Ein Konstrukt mit einem vertragslosen Zustand für die Musikschule wer-

de vermieden.

Bgm. vom Bovert verweist für weitere Beratung auf den nicht-öffentlichen Teil der Sitzung.

**13./ Beteiligungsbericht 2009
Bericht über die Beteiligung der Stadt Haan an privaten Unternehmen und
Einrichtungen
Vorlage: 23/029/2010**

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

Beschluss:

Der Beteiligungsbericht wird zur Kenntnis genommen.

**14./ 5. Änderung des Landschaftsplanes des Kreises Mettmann; Änderungen
des Planentwurfes aufgrund der Offenlage nach § 29 LG NW
hier: Stellungnahme der Stadt Haan zum Bereich "Ellscheid"
Vorlage: 61/043/2010**

Protokoll:

Stv. Rehm erklärt für die GAL-Fraktion, man werde der Stellungnahme nicht zustimmen, da man Verständnis für die berechtigten Interessen der Unteren Landschaftsbehörde aufbringe.

Abstimmungsergebnis:

17 Ja- und 2 Nein-Stimmen

Beschluss:

„Der Stellungnahme zu den Änderungen des Planentwurfs aufgrund der Offenlage nach § 29 LG NRW zur 5. Änderung des Landschaftsplans des Kreises Mettmann, mitgeteilt mit Schreiben vom 27.10.2010, wird entsprechend der vorliegenden Sitzungsvorlage zugestimmt.“

**15./ Straßenbenennung im Bereich des Bebauungsplans Nr. 119 "Flurstraße
/östliche Hochdahler Straße"
Vorlage: 63/010/2010**

Abstimmungsergebnis:

16 Ja- und 3 Nein-Stimmen

Beschluss:

"Die im Bebauungsplan Nr. 119 „Flurstraße/östliche Hochdahler Straße“ ausgewiesene öffentliche Verkehrsfläche erhält die Bezeichnung

c) **„Altes Walzwerk“** .

**16./ Straßenbenennung im Bereich des Bebauungsplans Nr. 162 "Millrather
Straße / Ellscheider Straße"
Vorlage: 63/012/2010**

Protokoll:

Stv. Drennhaus beantragt für die SPD-Fraktion, für das in Rede stehende Teilstück ebenfalls den Namen "Niederbergische Allee" zu verwenden, also keine weitere Straßenbenennung durchzuführen.

Stv. Holberg beantragt für die CDU-Fraktion, das Teilstück "Retsch-Allee" zu nennen.

Stv. Stracke findet es albern, ein derart kleines Straßenstück ohne jeden Baum Allee nennen zu wollen.

Stv. Ruppert ist der Ansicht, dies sei in einem Gewerbegebiet vertretbar, da nur eine kleine Zahl von Anliegern hiervon betroffen sei.

Stv. Holberg sieht in der Benennung eine Aufforderung an die Firma, die Straße zu begrünen und wirbt um die Bonuspunkte eines guten Steuerzahlers.

Abstimmungsergebnis:

12 Ja- und 7 Nein-Stimmen

Beschluss:

"Die im anliegenden Lageplan zum Straßenbau **gelb kenntlich gemachte Fläche** im

Technologiepark Haan (Bebauungsplan Nr. 162) erhält die Bezeichnung

"Retsch-Allee"

Diese gelb kenntlich gemachte Fläche ist Teil der in der Ratssitzung am 29.06.2010 beschlossenen Verkehrsfläche mit der Bezeichnung „Niederbergische Allee“, die in diesem Bereich umzubenennen ist.

17./ Beantwortung von Anfragen

Protokoll:

Stv. Elker fragt, ob die Verwaltung alle Medien nutze, um angesichts der Wetterunbilden das Schulfrei des nächsten Tages zu veröffentlichen.

Bgo. Formella bestätigt dies.

Stv. Elker fragt, ob beim Betriebshof genug Absperrmaterial für Dachlawinen vorhanden sei. Die Stadt Erkrath könnte hier Amtshilfe leisten.

Stv. Vossieg möchte wissen, wann die PCs am Gymnasium installiert und nutzbar seien.

Bgo. Formella versichert, die EDV arbeite mit Hochdruck daran.

Zur schriftlichen Anfrage der FDP-Fraktion (Anlage 1), erklärt **Bgo. Formella**, dass **nicht** die Höhe der Steuerhebesätze für den Erhalt von Schlüsselzuweisungen des Landes maßgeblich sei.

18./ Mitteilungen

Protokoll:

Stv. Wetterau teilt mit, der Rheinische Sparkassen- und Giroverband biete unter dem Stichwort "Kommunale Sparkassenverschuldungsprognose" günstige Kredite für Städte und Gemeinden an. Die Kämmerei solle sich kundig machen.